

DIE LINKE. Thüringen, Landesvorstand

### **KURZPROTOKOLL der Klausur des Landesvorstandes am 30.01.2016 in Erfurt**

Die Klausur fand am 30.1.16 in der Zeit von 10.00 bis 16.00 Uhr in der Landesgeschäftsstelle statt. Alle 20 gewählten Vorstandsmitglieder (1 Mitglied ab 11.00 Uhr) sowie 7 Gäste nehmen teil.

Unter Aktuelles erfolgt durch Steffen Dittes eine Auswertung der Sitzung des Koalitionsausschusses mit den Schwerpunkten „Horte in Trägerschaft des Landes“ und „Einführung Wasserentnahmeentgelt“. Zur Umsetzung des Konzeptes Hortträgerschaft wird zur Sitzung am 19.2.16 ein Tagesordnungspunkt in die Vorstandssitzung aufgenommen. Das Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes und der Beratung mit den Kreisvorsitzenden liegt schriftlich vor. Ebenso eine Sofortinformation zum Thema Horte, den Schwerpunkten des Landtagsplenums im Januar und dem aktuellen Stand zum Abgeordnetenüberprüfungsgesetz. Susanne Hennig-Wellsow erläutert die Schwerpunkte des Januar-Plenums und weist insbesondere auf die Aktuelle Stunde zum Thema „Benachteiligung ostdeutscher Rentnerinnen und Rentner beenden“ sowie die Debatte zum Abgeordnetenüberprüfungsgesetz hin. Steffen Dittes wertet die Kabinettsklausur der linken Häuser aus. Die Ergebnisse werden Tagesordnungspunkte folgender Sitzungen (Arbeitsplan, AG Strategie, AG Öffentlichkeitsarbeit).

Ralph Lenkert informiert über zahlreiche Gesetzesinitiativen, die derzeit in der Bundestagsfraktion diskutiert werden (Asyl, Datenschutz, Bundeswehreinsetzung, Kommunalisierung der Energiewende, Rentenangleichung Ost-West, Stasi-Unterlagen) und darüber, dass die Bundestagsgruppe eine Sommertour in Thüringen plant (letzte beiden Augustwochen) sowie die Vorbereitung der Bundestagswahlen. Zu aktuellen Themen findet man im A-Z der Bundestagsfraktion auf deren Webseite viele Informationen. Für Mitte März wird eine Entscheidung bezüglich der Anzahl der Thüringer Bundestagswahlkreise erwartet. Der Geschäftsführende Vorstand nimmt das Thema auf die Tagesordnung am 8.2.16.

Steffen Harzer informiert über die Sitzung des Parteivorstandes. Im Mittelpunkt standen Informationen zum Umgang mit der AfD (schriftliches Material dazu liegt vor), Finanzabrechnung 2015, Umgang mit Unternehmensspenden, Unterstützung des Politischen Aschermittwochs in Passau, Vorbereitung eines EL-Parteitages in Berlin und der Friedenskonferenz am 19.3., Flüchtlingspolitik usw. Im Februar wird sich der PV mit der Mitgliederentwicklung beschäftigen.

Das Konzept der Landesregierung „Perspektive 2025 – Sicherung und Fortentwicklung der Thüringer Theaterlandschaft“ und ein Beschlussantrag des Kreisvorstandes Apolda-Weimar bilden den weiteren Schwerpunkt der Sitzung. Julia Sieber erläutert den Beschlussantrag des Kreisvorstandes. Katja Mitteldorf bewertet das Konzept aus Sicht der Landtagsfraktion. Nach ausführlicher Debatte zum Thema verständigt sich der Landesvorstand darauf, die Debatte auf der Grundlage des Konzeptes fortzuführen. Der Antrag des Kreisvorstandes Apolda-Weimar wird mehrheitlich abgelehnt (1 Ja-Stimme, 1 Stimmenthaltung, 17 Neinstimmen).

Susanne Hennig-Wellsow erläutert aus ihrer Sicht die notwendige inhaltliche, organisatorische und strategische Entwicklung des Landesverbandes. Die AG'n des Vorstandes und die Landesarbeitsgemeinschaften werden gebeten, sich aktiv in die Prozesse einzubringen und in der Sitzung im Februar/März erste Schwerpunktaufgaben zu benennen. Spätestens im März soll das Konzept für eine Mitgliederkampagne im Vorstand diskutiert werden. Dabei ist die Durchführung einer weiteren Telefonaktion zu prüfen. Zur Vorbereitung der weiteren Debatte im Vorstand wird ein Diskussionspapier zur Verfügung gestellt. Die AG Grundsatz wird gebeten in Vorbereitung auf den Bundesparteitag auch die gesellschaftlichen Fragen unter dem Aspekt der Parteientwicklung zu diskutieren. In der Cloud wird ein Ordner für die Arbeit der AG'n des Vorstandes eingerichtet.

Steffen Dittes erläutert das Verfahren und den weiteren Zeitplan zum Leitbild „Zukunftsfähiges Thüringen“. Diskutiert wird, wie die Gebietsverbände sich in die weitere Debatte aktiv einbringen können. Regionale Veranstaltungen werden unterstützt. Ob ein Werkstattgespräch oder eine Landesbasisveranstaltung durchgeführt werden soll, wird in der Februar-Sitzung entschieden. Die Landtagsfraktion wird gebeten die Argumente für die Reform zusammenzufassen (Flyer, Argumentationspapier).

Holger Hänsgen erläutert den vorläufigen Jahresabschluss 2015 sowie den Planentwurf für 2016. Für 2015 konnte eine positive Bilanz gezogen werden. In den Gebietsverbänden wurde ein Überschuss von 89.276 Euro erwirtschaftet. Gründe dafür sind gestiegene Beitragseinnahmen, die Realisierung von Mandatsträgerbeiträgen, die Einsparungen im Geschäftsbetrieb durch Bürogemeinschaften sowie die Unterstützung von Investitionen in den technischen Bestand durch den Landesverband. Auch der Landesvorstand hat einen realen Überschuss in Höhe von 14.283 Euro erreicht. Dieser resultiert aus den zusätzlichen Beitragsanteilen durch die Gebietsverbände und zusätzliche sonstige Einnahmen (Einstellungszuschuss, U1-Umlage). Der Planentwurf für 2016 wird bei 1 Stimmenthaltung mehrheitlich beschlossen.

Der Landesvorstand beschließt mehrheitlich (1 Stimmenthaltung), dass in der Mediationsstelle gemäß Landessatzung folgende Mitglieder berufen werden: Lisa Beckmann, Knut Korschewsky, Berengar Lehr, Iris Martin-Gehl und Thomas Völker.

Zurückgezogen wird nach inhaltlicher Debatte und Bekanntgabe des aktuellen Sachstandes der Antrag von Steffen Kachel und Mario Hesselbarth zur Erarbeitung eines Gutachtens bei Funktionsüberschneidungen in den Kommunalpolitischen Vereinigungen. Derzeit wird an der Überarbeitung der Richtlinie gearbeitet. Die Ergebnisse sollen dem Vorstand zur Kenntnis gegeben werden.

In Vorbereitung auf den 5. Bundesparteitag beschließt der Landesvorstand einstimmig die Bildung von Delegiertenwahlkreisen, die die Weiterverteilung der Mandate paarweise im Divisionsverfahren nach Adams zur Anwendung bringt.

Bei 1 Stimmenthaltung beschließt der Vorstand, dass für den Druck einer Broschüre „Einheitsdrang – Einheitszwang ...?“ maximal 1.600 Euro bereit gestellt werden.

Susanne Hennig-Wellsow bittet darum, dass sich der Vorstand im Februar mit den Themen Veröffentlichung der Vorstandsarbeit bei Facebook und Bildung Landeswahlbüro beschäftigt. Sie weist auf das Seminar für Kreisvorstandsmitglieder hin (27.2. /19.3. in Elgersburg), bittet um Unterstützung des Landtagswahlkampfes in Baden-Württemberg, gibt den Termin 10.3. – Redaktionsschluss Bürgerzeitung bekannt und bitte um Mitarbeit. Diana Skibbe verweist auf das Preisausschreiben des Inklusionsbeauftragten bezüglich barrierefreier Büros.

Am Ende der Sitzung richtet der Landesvorstand solidarische Grüße an die geplanten Demonstrationen gegen rechts in Schmölln, Sonneberg und Schleiz.

Die nächste Sitzung des Landesvorstandes findet am 19.2.2016 ab 17.30 Uhr in der Landesgeschäftsstelle statt. Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich am 8.2., 9.00 Uhr dort.

Anke Hofmann, LGFín